

Große Anfrage der Fraktion der CDU

### **Zukunft der Geburtshilfe im Land Bremen**

Als Folge des Hygieneskandals im Klinikum Bremen Mitte (KBM) wurde dort nicht nur die neonatologische Station, sondern auch die normale Entbindungsstation bis auf weiteres geschlossen. Dies führt zu Versorgungsengpässen im Land Bremen bei Level-1 und Level-2 Frühchen sowie bei regulären Geburten. Risikoschwangere müssen auf Grund fehlender Kapazitäten bis nach Oldenburg, Hamburg oder Hannover ausweichen. Die Entbindungsstationen der anderen Krankenhäuser stehen durch steigende Geburtenzahlen vor erheblichen organisatorischen und personellen Herausforderungen.

Mit dem Beschluss der Gesundheitssenatorin vom 23.03.2012 wurde die nähere Zukunft der Level-1 und Level-2 Versorgung in Bremen bis 2015 politisch mit einem Ausfallkonzept geklärt. Jüngste Fälle legen jedoch den Schluss nahe, dass dieses bisher nicht vollständig umgesetzt wurde und weiterhin Kapazitäten fehlen. Noch immer ist offen, ob die Entbindungsstation am KBM vor 2015 wieder eröffnet wird.

Durch ein mangelhaftes Informationsmanagement der senatorischen Behörde sind werdende Eltern, aber auch Hausärzte, Hebammen und freigemeinnützige Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven verunsichert. Wann und wo welche Kapazitäten für Geburten frei sind, scheint weiter unklar zu sein. Die freigemeinnützigen Krankenhäuser in der Stadtgemeinde Bremen, die im Moment 15-25% mehr Geburten verzeichnen und dafür auch Ressourcen vorhalten müssen, werden von der Gesundheitssenatorin nach wie vor darüber im Unklaren gelassen, wie sie weiter planen sollen.

Auf Grund des erheblichen Gefährdungspotenziales für Schwangere, der bisher mangelhaften Information und der aktuell öffentlich geführten Diskussion fordert der Fragesteller den Senat auf, die vorliegende Anfrage innerhalb von drei Wochen zu beantworten (§ 29 Abs. 1 Satz 2 GO).

Vor diesem Hintergrund fragen wird den Senat:

1. Wie viele Kinder wurden 2011 im KBM entbunden und wie viele Kinder wurden im ersten und zweiten Quartal 2012 (ggf. Prognosen) im Klinikum Links der Weser (LdW), im Klinikum Bremen Nord (KBN), im St.-Josef-Stift, im Diako, im Klinikum Bremerhaven Reinkenheide und im St. Joseph-Hospital Bremerhaven entbunden (bitte aufgeschlüsselt nach Krankenhäusern und Quartalen, nach Level-1 und Level-2 Frühchen und normalen Geburten)?
2. Wie stellt der Senat sicher, dass die verbliebenen Kreißsäle in Bremen und in Bremerhaven die Platz- und Personalkapazitäten vorhalten, die zur Gewährung einer sicheren und gebärfreudigen Atmosphäre bei einer Geburt nötig sind?

3. Wann und durch welche Maßnahmen hat der Senat die freigemeinnützigen Krankenhäuser in Bremen darüber informiert, dass durch die Schließung der Entbindungsstation im KBM vermehrt Personal und Ressourcen vorgehalten werden müssen, und durch welche Maßnahmen wurden die freigemeinnützigen Krankenhäuser in der Stadtgemeinde Bremen darin unterstützt, zusätzliche Kapazitäten bei der Geburtshilfe zu schaffen?
4. Wann und durch welche Maßnahmen hat der Senat niedergelassene Ärzte und Hebammen in Bremen und Bremerhaven darüber informiert, dass es durch die Schließung der Entbindungsstation und der Neonatologie im KBM zu Versorgungsengpässen bei der Geburtshilfe kommt und welche Ausweichkapazitäten dafür zur Verfügung stehen?
5. Wie erklärt der Senat, dass auch nach dem Beschluss des Ausfallkonzeptes für die neonatologische Versorgung durch LdW und KBN, offensichtlich nicht ausreichend Kapazitäten für Risikoschwangere bereit stehen, und was tut der Senat, um Abhilfe zu schaffen?
6. An welchen Kriterien macht der Senat die Wiedereröffnung bzw. weitere Schließung der Geburtshilfestation am KBM fest, und zu welchem Zeitpunkt plant der Senat ggf. die Geburtshilfestation wieder zu eröffnen?
7. Welche Maßnahmen plant der Senat, um die freigemeinnützigen Träger in Bremen mit in die weiteren Planungen zur Zukunft der Geburtshilfe in Bremen einzubeziehen und sie frühzeitig über seine Planungen zu informieren?
8. Welche Maßnahmen plant der Senat, um eine umfassende Verbesserung der derzeitigen Situation der Geburtshilfe unter Einbeziehung der Wahl- und Wunschlöglichkeiten schwangerer Frauen im Land Bremen zu gewährleisten?

Rainer Bensch, Sandra Ahrens, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und die  
Fraktion der CDU